Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — **Geschäftsstelle Rhede:** Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 87 | Freitag, den 29. März 1935 | Jahrgang 1935

Simons Erklärung vor dem Unterhaus.

„Ergebnis zweifellos wertvoll".

DNB **London**, 28. März.

Außenminister Sir John Simon gab am Donnerstag im Unterhaus eine kurze Erklärung über seinen Berliner Besuch ab, nachdem ihn der Oppositionsführer Lansbury gefragt hatte, ob er sich hierzu äußern könnte. Sir John Simon, der mit lautem Beifall begrüßt wurde, sagte:

„Das Unterhaus weiß, daß der Besuch in Berlin einer von mehreren Erkundungs- und Anfragebesuchen ist, die z. Z. im Auftrag der englischen Regierung in verschiedenen ausländischen Hauptstädten abgestattet werden. Sobald diese Besuche abgeschlossen sind, wird eine Zusammenkunft in Stresa in Norditalien folgen, wo ich Mussolini und Laval zu treffen hoffe. Unter diesen Umständen ist es nicht wünschenswert, eine erschöpfende Erklärung über die Lage abzugeben, die z. Z. noch geprüft wird. Unautorisierte Mutmaßungen, die in einigen Kreisen laut geworden sind, brauchen nicht ernst genommen zu werden. Ich möchte indessen sagen, daß im Laufe der zweitägigen Unterhaltungen mit Herrn Hitler das europäische Problem in Bezug auf Deutschland durchgesprochen wurde und daß alle Fragen durchgesprochen wurden, die in dem Londoner Kommuniqué vom 3. Februar enthalten sind. Ein beträchtliches Abweichen der Meinungen zwischen den beiden Regierungen trat bei den Besprechungen zu Tage. Aber das Ergebnis der Zusammenkunft war insofern zweifellos wertvoll, als beide Seiten in der Lage waren, ihre diesbezüglichen Standpunkte klar zu verstehen, ein Prozeß, der zu jedem weiteren Fortschritt unerläßlich ist."

Der radikale Arbeiterabgeordnete Maxton erkundigte sich hierauf nach der Zusammensetzung der Konferenz von Stresa, worauf Sir John Simon erwiderte, daß diese Zusammenkunft zwischen den drei Mächten vereinbart worden sei. Maxton wollte hierauf wissen, ob irgendwelche Besprechungen, die in den nächsten 10 oder 11 Tagen stattfinden würden, die Zusammensetzung der Konferenz von Stresa ändern werden oder ob es bei der ursprünglichen Vereinbarung einer Dreierkonferenz bleiben werde. Simon antwortete: „Die Zusammenkunft von Stresa ist eine Zusammenkunft für die drei Mächte. Ich glaube nicht, daß es für irgend jemand möglich ist, Mutmaßungen darüber anzustellen, welche Ereignisse unter Umständen hiernach eintreten können."

Auf eine Anfrage erklärte Außenminister Sir John Simon: „Ich habe nichts von irgend einem Vorschlag, die allgemeine Wehrpflicht in Oesterreich einzuführen, gehört. Auch ist bisher nichts von irgend einer Mitteilung zwischen dem Völkerbund und Oesterreich über diesen Gegenstand bekannt geworden.

Die Erklärung des Außenministers wurde später in den Wandelgängen des Unterhauses lebhaft erörtert. Besondere Aufmerksamkeit fand die Aeußerung, daß unautorisierte Agenturmeldungen, die in einigen Kreisen laut geworden seien, nicht ernst genommen zu werden brauchen. In unterrichteten Kreisen wird es als keinem Zweifel unterliegend bezeichnet, daß mit dieser Bemerkung der am Mittwoch früh erschienene Berliner Bericht des „Daily Telegraph" gemeint ist, in dem unter anderen Unwahrscheinlichkeiten die völlig abwegige Behauptung aufgestellt worden ist, daß der Führer in seinen Besprechungen mit Simon die Rückgewinnung des Korridors, die Angliederung der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei usw. verlangt habe. Die der oben angeführten Aeußerung Simons gegebene Lesart wird unmittelbar auch von dem Abendblatt „Star" bestätigt. Das Blatt gibt die Aeußerung eines englischen Regierungssprechers wieder, der entschieden in Abrede stellte, daß Hitler jemals derartige Vorschläge gegenüber Simon gemacht habe.

In diplomatischen Kreisen, schreibt die Preß Association, ist man der Ansicht, daß die Dreier-Konferenz in Stresa durch die Darlegungen Hitlers über die deutsche Außenpolitik an Bedeutung gewinne. Es verstehe sich von selbst, daß, falls der Vorschlag einer Friedenskonferenz in London unter Einschluß Deutschlands feste Gestalt annehme, die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens in Stresa diese Frage gemeinsam prüfen müßten.

„England kennt weder Sieger noch Besiegte".

DNB **Berlin**, 28. März.

Sir John Simon hat vor seiner Abreise in der englischen Botschaft für Fox tönende Wochenschau einige Worte über seinen Berliner Besuch gesprochen. Sie lauten:

„Ich spreche hier in Berlin, nachdem ich namens der britischen Regierung eine zweitägige Aussprache mit dem Führer und Reichskanzler Hitler hatte. Es bereitet mir große Freude, daß es mir vergönnt war, den Leiter des großen deutschen Volkes persönlich kennen zu lernen. Das britische Volk weiß nichts von Siegern und Besiegten. Es verwirft alle Unterschiede der Stellung (status), es tritt ein für die gleiche Behandlung aller Rassen. Es wird allüberall der Gewaltherrschaft Widerstand leisten, und es wird überall in der Welt für Versöhnung und Freundschaft auf gleichem Fuße tätig sein. Ein Irrtum wäre es, auf der Stelle endgültige Ergebnisse von einem Zusammentreffen zu erwarten, das lediglich der freundschaftlichen Erkundigung galt. Jedoch bin ich überzeugt, daß die Fühlungnahme mit deutschen Persönlichkeiten, die mein Ministerkollege Eden und ich in Deutschland durchführen konnten, dem hohen Ziel dienlich sein wird, dem das Bemühen jeden rechtschaffenen Mannes und jeder rechtschaffenen Frau in Europa gewidmet sein muß: der Erhaltung des Weltfriedens und der Förderung verständnisvoller Beziehungen zwischen den Völkern."

Sir John Simon beim König.

DNB **London**, 28. März.

Staatssekretär des Auswärtigen Sir John Simon wurde heute vormittag im Buckingham-Palast vom König empfangen. Die Unterredung dauerte 45 Minuten. Sie galt der Berichterstattung über die Besprechungen in Berlin.

Währungsabwertung in Belgien in Sicht.

Heute Regierungserklärung des Ministerpräsidenten van Zeeland.

Schließung der belgischen Börsen.

× **Brüssel**, 28. März.

Das Kabinett hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der der Text der Regierungserklärung endgültig festgelegt wurde. Die Kammer tritt am Freitagvormittag zur Entgegennahme dieser Erklärung, die am Nachmittag im Senat gleichfalls zur Verlesung kommen wird, zusammen.

Man erwartet, daß der Ministerpräsident van Zeeland sich von den Methoden, die von den früheren Regierungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete angewandt wurden, abwenden und grundsätzlich neue Wege einschlagen wird.

Der seit Wochen geführte Streit zwischen Deflation und Devalvation scheint endgültig zugunsten der Währungsabwertung ausgegangen zu sein.

Noch vor zehn Tagen wurden die Anhänger der Abwertung als Feinde der Nation von den höchsten Regierungsstellen bezeichnet. Die Haltung des Franken auf seiner jetzigen Goldparität wurde sozusagen als ein Lebensprinzip für Belgien hingestellt. Heute dürfte es kaum mehr einem Zweifel unterliegen, daß die Regierung van Zeeland den Weg der Währungsabwertung gehen wird.

Donnerstag vormittag wurden plötzlich durch Verordnung der Regierung die Effekten- und Wechselbörsen bis Sonnabend einschließlich geschlossen, um der Spekulation, die am Mittwoch wieder beängstigende Formen angenommen hatte, ein Ende zu bereiten. Es dürfte sich bei dieser Maßnahme aber nicht allein darum handeln, dem spekulativen Aktienkauf und dem übermäßigen Verkauf von Staatspapieren einen Riegel vorzuschieben, sondern man hat den Eindruck, daß dieser Beschluß auch schon im Hinblick auf die morgige Regierungserklärung erfolgt ist.

Zweifellos wollte man verhindern, daß die Verkündung des Regierungsprogramms die Börsenentwicklung noch ungünstiger beeinflußt.

Wie man hört, wird die Regierung drei wichtige Gesetzentwürfe, die das Wirtschaftsprogramm des Ministerpräsidenten darstellen, am Freitag in der Kammer einbringen und bei jedem dieser Gesetzentwürfe die Vertrauensfrage stellen. Das bedeutet, daß van Zeeland beabsichtigt, sofort wieder zurückzutreten, wenn eines der Gesetze vom Parlament abgelehnt wird. Ueber den Inhalt dieser Gesetze hört man bis jetzt nur so viel, daß eines die Währungspolitik behandelt und ein anderes der Regierung weitgehende Vollmachten zur Durchführung eines planwirtschaftlichen Regimes einräumt. Einzelheiten sind aber noch nicht bekannt.

Die Währungsfrage dürfte in der Weise geregelt werden, daß die Inlandsnotierungen des Belga den gesunkenen Auslandsnotierungen angepaßt werden.

Ob Belgien sich auch vom Goldblock loslöst und sich, wie behauptet wird, dem Sterlingblock anschließt, muß abgewartet werden. Ueber den Grad der Abwertung gehen die Meinungen ebenfalls auseinander. Entsprechend dem Verlust, den der Belga auf den Devisenmärkten erlitten hat, käme eine „Angleichung" von 25 bis zu 30 v. H. in Frage. Der Ertrag dieser Abwertung soll der Industrie und dem Handel zugute kommen und den Ausgangspunkt für eine auf planwirtschaftlichem Wege erstrebte allgemeine Belebung des Wirtschaftslebens bilden.

Die große Tagung der Deutschen Arbeitsfront in Leipzig.



Scherl

Die Reichstagung der Deutschen Arbeitsfront, die zurzeit in Leipzig abgehalten wird, erhielt ihre besondere Bedeutung durch die große Rede Dr. Schachts, in der er den Erlaß des Führers bekanntgab, nach dem nunmehr auch die gewerbliche Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront als korporatives Mitglied eingegliedert wird. Unser Bild zeigt von links: Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Reichsarbeitsminister Seldte, Reichsstatthalter Mutschmann und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley beim Einmarsch der Fahnen.

Tagesrundschau.

Belgiens Abkehr von der Deflationspolitik. Belgien steht im Begriff, den im Sommer 1933 gegründeten Goldblock zu verlassen. Die für heute angekündigte Regierungserklärung des neuen Kabinetts der Nationalen Union, von dem man gleich bei seiner Bildung eine wirtschaftspolitische Kursschwenkung erwartete, wird, wie nicht mehr zu bezweifeln ist, etwa zum Ausdruck bringen, daß es unter den krisenhaften Nachwirkungen der Deflationspolitik, die die Erhöhung des Warenaustausches erschweren, vor die Wahl gestellt, entweder durch Druck auf Preise und Löhne die Wettbewerbsfähigkeit Belgiens am Weltmarkt zu verbessern oder dem englischen Beispiele der Währungsabwertung zu folgen, sich für diese entschieden hat. Am 18. März ist bereits die Devisenkontrolle in Belgien eingeführt worden. Gleichwohl dauerten die Angriffe gegen den Belga, die im Oktober 1926 neu geschaffene Währungseinheit (gleich fünf belgischen Franken), von innen und außen fort, und auch die noch immer beträchtliche Metalldeckung vermochte nicht zu verhüten, daß der Belga jetzt 18 Prozent unter der Goldparität liegt. Die Brüsseler Börse erlebte in den letzten Tagen ein Spekulationsfieber, wie sie es seit langem nicht mehr gekannt hatte. Die Staatsrenten sanken unablässig, alle Welt stürzte sich auf ausländische Renten, und die neue Regierung unternahm nichts, um den Belgakurs zu verteidigen. Diese negative Haltung ließ schon erkennen, wohin der Weg führen soll, über den man heute letzte Klarheit bekommen wird. Die gestrige Schließung der belgischen Börsen durch die natürlich in erster Linie der weiteren Spekulation Einhalt geboten werden soll, deutet ebenfalls auf die bevorstehende Abwertung des Belga hin. Diese wird, da die deutsche und die belgische Industrie auf verschiedenen Gebieten miteinander im Wettbewerb stehen, für Deutschland eine Verschärfung der Konkurrenz im Kampf am Weltmarkt mit sich bringen. Immerhin bleibt noch abzuwarten, wie sich das belgische Parlament gegenüber den angekündigten Gesetzentwürfen der Regierung verhalten wird, von denen einer die Währungsvorlage enthalten soll. Vor kurzem war es noch so, daß in der Kammer wie auch in der belgischen Wirtschaft diejenigen, die die Fortsetzung der Deflationspolitik forderten, in der Mehrzahl zu sein schienen. Aber die Entwicklung der letzten Wochen hat doch sicher bei nicht wenigen der Anhänger der bisherigen Wirtschafts- und Währungspolitik eine Auffassung hoch kommen lassen, die derjenigen der jetzigen Regierung entspricht.

*

Die Verklammerung von Wirtschaft und Arbeit. Mit der modernen Industrie begann die Zerspaltung der an der gewerblichen Wirtschaft Beteiligten in Unternehmer und Arbeiter; später kamen noch die Angestellten als besondere Gruppe hinzu. Der Marxismus hat es verstanden, das Gemeinsame von Unternehmern und Arbeitern zu verneinen und das Trennende zu vergrößern. So entstand die Entfremdung beider Teile, die Klasse, der Klassenkampf und auch der Kastengeist. Die Arbeiter gründeten ihre Gewerkschaften, die Unternehmer ihre Arbeitgeberverbände. Die deutsche Wirtschaft ist vielgestaltig. Die Schwerindustrie ist in erster Linie auf die Gewinnung der Rohstoffe abgestellt, die verarbeitende Industrie ist stark auf die Ausfuhr angewiesen. Hier werden schon wirtschaftspolitische Verschiedenheiten erkennbar, die vor Jahrzehnten zur Gründung von eigenen Verbänden führten. Dazu traten später die reich gegliederten Fachverbände aller Arten. Dazu entstand ein großes Netz regional gegliederter Verbände, die den Belangen der Wirtschaft in einem bestimmten Landesteil dienten, traten die Vereine mit technischen Aufgaben, ferner die Handelskammern, die schon erwähnten (wieder in Fachgruppen gesonderten) Arbeitgeberverbände. Im allgemeinen war der Inhaber eines industriellen Betriebes in mindestens fünf Richtungen wirtschaftlicher Organisation zahlendes Mitglied: in der Handelskammer als der offiziellen amtlichen Vertretung, in mindestens einem wirtschaftspolitischen Verband, einem Fachverband,

Politische Brunnenvergiftung.

Falschmeldung des „Daily Telegraph".

DNB **Berlin**, 28. März.

Die Nachricht des „Daily Telegraph" vom 27. März 1935, wonach der Führer und Reichskanzler in seinen Gesprächen mit den englischen Staatsmännern u. a. die Forderung der Rückgewinnung des Korridors, der Angliederung der deutsch-sprachigen Gebiete der Tschechoslowakei usw als Programmpunkte der deutschen Politik aufgestellt haben soll, ist in ihrem ganzen Inhalt frei erfunden und stellt sich als eine ganz üble politische Brunnenvergiftung dar, die von deutscher Seite auf das schärfste zurückgewiesen wird.

einem Arbeitgeberverband und einem regionalen Verbande. Nicht viel anders war es in den Betrieben des Handels und des Handwerks. Die Organisation wuchs sich immer mehr zur Bürokratisierung aus. Der Nationalsozialismus hat auch auf diesem Gebiete reinen Tisch gemacht. Auf die Aufhebung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 folgte die Bildung der neuen Arbeiterfront, aus der bald die Deutsche Arbeitsfront, die Gemeinschaft aller schaffenden Deutschen, entstand. Sie gliedert sich in Reichsbetriebsgemeinschaften, in denen Unternehmer und Gefolgschaft Mitglieder sind. Der Gedanke, die Arbeitnehmer als eigenen „Stand" zu organisieren, wurde nicht aufgenommen. Dr. Ley blieb konsequent bei der Linie, keine neuen Spaltungen oder Trennungen zuzulassen. Schwieriger war der Aufbau der industriellen Wirtschaft. Daß sie eines eigenen Organes bedarf, ist unbestritten, denn ihre Aufgaben sind wirtschaftspolitischer Art, während die Deutsche Arbeitsfront das Gewicht auf die Sozialpolitik legt. Nach manchen Erwägungen erfolgte die Bildung der „Reichsgruppe Industrie", die wieder in sieben Fachgruppen gegliedert ist. Gemeinsam bilden alle Reichsgruppen (Industrie, Handel, Banken, Handwerk, Versicherungen usw.) die Reichswirtschaftskammer. Im Endergebnis steht die Deutsche Arbeitsfront mit dem Reichsarbeitsrat, die Reichswirtschaftskammer mit dem Reichswirtschaftsrat vor uns, während der Reichsnährstand entsprechend seiner besonderen nationalpolitischen Aufgabe einen eigenen Aufbau darstellt. Trotz allen guten Willens, die neuen Aufgaben einer anderen Zeit nicht mit den alten Belastungen der „Interessen" zu beschweren, könnte immerhin die Möglichkeit entstehen, daß die beiden Säulen (gewerbliche Wirtschaft und Arbeitsfront) in einen künstlichen Gegensatz hineingebracht würden. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in seiner Leipziger Rede auf dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront offen ausgesprochen, daß es immer gewisse Schwierigkeiten zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geben werde. Damit sich diese Verschiedenheiten nicht zu Gegensätzen auswachsen, die das ganze Werk des gemeinsamen Aufbaus in Frage stellen, hat der Führer und Reichskanzler durch die Verordnung vom 21. März den korporativen Beitritt der Reichswirtschaftskammer zur Deutschen Arbeitsfront angeordnet. Damit behalten beide Teile ihren eigenen Bestand und ihre Spezialaufgaben, aber sie werden sowohl in der Spitze, wie in den Bezirken für bestimmte Zwecke mit einander „verklammert". Der Reichsarbeitsrat und der Reichswirtschaftsrat treten unter Beteiligung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers zu einem Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrat" zusammen. Und auch in den Bezirken ist für enge Zusammenarbeit der leitenden Persönlichkeiten von Wirtschaft und Arbeit gesorgt. Daß es sich dabei um mehr handelt, als nur um die gelegentliche Beratung gemeinsamer Fragen, beweist die fernere Anordnung, daß die Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer gleichzeitig das Wirtschaftsamt der Deutschen Arbeitsfront ist, das dem Reichswirtschaftsminister untersteht. Dieser Zusammenschluß ermöglicht es dem Staat, der sozialen und wirtschaftspolitischen Selbstverwaltung der Schaffenden breiten Raum zu gewähren. Sie regeln die meisten ihrer Angelegenheiten selbst. Der Treuhänder der Arbeit, der in der Zeit des Uebergangs überall eingreifen mußte, um den ordentlichen Ablauf der Wirtschaft zu gewährleisten, kann sich nunmehr auf die grundsätzlichen Fragen, mit deren Reglung er durch die Ministerien betraut ist, beschränken. Der korporative Eintritt der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront ist ein Vorgang ohne Beispiel. Deutschlands Unternehmer und ihre Gefolgschaften bekunden damit auch nach außen hin, daß ihr Wille in der Erhaltung der Volksverbundenheit besteht. Diese Arbeitsgemeinschaft der Schaffenden, die ja auch früher, nach dem Kriege, schon versucht worden ist, die aber wieder unter den damaligen Gegensätzen zerfiel, ehe daß sie wirklich hätte wirksam werden können, hat ihre hohen Aufgaben für die Zukunft, und wir sind sicher, daß sie ihnen gerecht werden wird.

Der Führer beim Jagdgeschwader Richthofen.

DNB **Berlin**, 28. März.

Zum ersten Male seit Bestehen der Reichsluftwaffe stattete heute der Führer und Reichskanzler in seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber der Wehrmacht einem Verband der jungen deutschen Luftstreitkräfte seinen Besuch ab. In Begleitung des Reichsministers der Luftfahrt, General der Flieger Göring, und des bei dieser Gelegenheit zum Generalleutnant ernannten Staatssekretärs der Luftfahrt Milch besichtigte der Führer am Nachmittag die in Döberitz liegende Gruppe des Jagdgeschwaders Richthofen.

In sinnfälligster Form betonte damit auch der Führer die Bedeutung der Tradition, die mit dem Namen Richthofen das neue Jagdgeschwader an die ruhmreiche Vergangenheit der alten deutschen Fliegertruppe bindet. General Göring als letzter Kommandeur des alten und als oberster Chef des neuen Richthofen-Geschwaders stellte dem Führer zunächst die angetretenen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Döberitzer Fliegergruppe vor. Nach dem Abschreiten der Front starteten die Jagdstaffeln und zeigten Verbandsexerzieren in der Luft. Danach fand eine Besichtigung der Bodenanlagen auf dem Flugplatz und eine kurze Schlußbesprechung statt, bei der sich der Führer in Worten vollster Anerkennung über die gezeigten Leistungen äußerte.

Eden in Moskau.

Die erste Unterredung mit Litwinow.

DNB **Moskau**, 28. März.

Der Lordsiegelbewahrer Eden ist heute vormittag in Moskau eingetroffen. Auf dem Bahnhof waren zu seiner Begrüßung Vertreter der Sowjetregierung, die Mitglieder der englischen Botschaft, die Vertreter der ausländischen und der sowjetrussischen Presse erschienen. Außenminister Litwinow empfing Eden um 17 Uhr MEZ in Anwesenheit der Botschafter Chelston und Maiski sowie des Direktors der Völkerbundsabteilung des Foreign Office, Strang. In zweistündiger Unterredung tauschten der Volkskommissar und der britische Minister ihre Meinungen über aktuelle Fragen der internationalen politischen Lage aus. Insbesondere unterrichtete Eden Litwinow über den Inhalt der kürzlichen Verhandlungen der britischen Minister mit der deutschen Reichsregierung. Wie die TASS weiter aus unterrichteten Kreisen meldet, ist die Unterredung zwischen Eden und Litwinow in einer äußerst freundschaftlichen Atmosphäre vor sich gegangen. Einstweilen seien keinerlei Meinungsverschiedenheiten zutage getreten. Die Besprechung wird am Freitag vormittag fortgesetzt. Abends findet in der Moskauer Oper eine Galavorstellung statt. Am 30. März folgt ein Empfang Edens bei Stalin. Abends gibt die englische Botschaft einen Empfang, zu dem die gesamte Sowjetregierung eingeladen ist. Am 31. März empfängt Eden die sowjetrussische und die ausländische Presse. Abends reist er nach Warschau ab.

Besprechung des Sowjetbotschafters mit dem Reichsaußenminister.

DNB **Berlin**, 28. März.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat gestern den sowjetrussischen Botschafter in Berlin, Jakob Suritz, empfangen und eine längere Aussprache mit ihm über die sowjetrussisch-deutschen Beziehungen gehabt.

Der Nachhall der Berliner Besprechungen.

Die englische Presse wenig zuversichtlich.

£ **London**, 28. März.

Die Londoner Presse beschäftigt sich auch am Donnerstag früh weiter eingehend mit den Berliner Besprechungen.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail" sagte, es sei sehr wahrscheinlich, daß Deutschland in absehbarer Zeit eine Einladung zu einer Konferenz erhalten werde, die wahrscheinlich in London stattfinden werde.

Das britische Kabinett sei nach dem Bericht Simons entschlossener denn je, sein Aeußerstes zu tun, um eine Befriedung Europas herbeizuführen.

Entsprechend der jetzigen Haltung der Minister werde Simon in Stresa mit aller Energie auf die Notwendigkeit des Einschlusses Deutschlands in eine europäische Konferenz am Runden Tisch hinweisen.

Der liberale „News Chronicle" behauptet in einem Leitartikel, es sei jetzt völlig klar, daß auf Deutschlands Teilnahme an einem allgemeinen Pakt in Osteuropa nicht mehr gerechnet werden könne. Die bedauerliche Folge werde sein, daß Rußland wahrscheinlich die Rote Armee vergrößern und die Bildung eines Blockes begünstigen werde, der Frankreich, die Kleine Entente, die Sowjetunion und womöglich auch Großbritannien einschließen würde. Als Zweck dieses Blockes würde die Aufrechterhaltung des Friedens bezeichnet werden. Aber in Deutschland würde er als Einkreisung und als Grund für weitere Rüstungen betrachtet werden. Dieser Weg führe zum Untergang. Der im Völkerbund verkörperte Gedanke kollektiver Sicherheit könne sich nicht bewähren, wenn Deutschland oder Rußland ausgeschieden seien.

Wenn man an den nächsten Schritt denke, so sei der aussichtsreichste Umstand die Tatsache, daß Hitler anscheinend seinen Standpunkt nicht aufgegeben habe, wonach Deutschland auf alle Rüstungen verzichten und jede Begrenzung annehmen werde, zu der die anderen Länder bereit seien. Hier zeige sich wenigstens ein Hoffnungsschimmer.

Eine Verständigung über die Ziffern werde zweifellos schwierig sein. Aber in einer so heiklen Lage sollte auch der geringsten Aussicht auf Erfolg nachgegangen werden.

In einem längeren Aufsatz der „Times" wird u. a. erklärt: In ministeriellen Kreisen wird geglaubt, daß der Besuch Simons und Edens äußerst zweckmäßig war, da er eine Gelegenheit für eine sehr freimütige und klare Darstellung deutscher Ideen gegeben hat.

Die Besprechungen waren durchaus freundlich im Ton, haben aber sehr beträchtliche Abweichungen in allen Fragen gezeigt.

Wie es scheint, glaubt Deutschland gegenwärtig nicht, daß seine Interessen mit einem System kollektiver Sicherheiten gedient werden könnte. Herr Hitler habe nachdrücklichst erklärt, daß das allgemeine Ziel seiner Politik sei, den Frieden Europas durch Förderung internationaler Zusammenarbeit zu sichern und zu stärken. Er betrachtet jedes System, das ihn unparteiisch auf die eine oder andere Seite stellen könne, als unmöglich. Er drückte auch die Ansicht aus,

daß er Deutschland nicht verpflichten könne, gegen Polen Partei zu ergreifen, mit dem Deutschland einen zehnjährigen Nichtangriffspakt abgeschlossen habe.

Andererseits ist er bereit, alle weiteren Nichtangriffspakte zu unterzeichnen, die als förderlich betrachtet werden könnten. Hinsichtlich Oesterreich erhebt Herr Hitler, wie verlautet, ebenfalls Einwendungen gegen den Nichteinmischungspakt in der gegenwärtig angeregten Form. „Times" schließt: Tatsächlich ist nur sehr wenig gemeinsame Unterlage für die britischen und die deutschen Ansichten gefunden worden, außer insofern, als Hitler sich selbst durchaus zu Gunsten einer Begrenzung der Rüstungen erklärt.

Sobald der Grundsatz der Gleichheit in die Praxis übersetzt wird, will Deutschland auf alle Waffen verzichten.

Aber es hat sich gezeigt, daß es nicht leicht sein würde, die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund zustande zu bringen. Die vorgeschlagene westeuropäische Luftkonvention scheint tatsächlich der einzige Punkt zu sein, in dem beide Parteien völlig übereinstimmen — abgesehen von der Möglichkeit, die man noch immer als vorhanden betrachten mag — einige Begrenzungen hinsichtlich der Kriegswerkzeuge zustande zu bringen.

*

Die Pariser Presse behandelt die Berliner Besprechungen weiterhin in einem scharfen und ablehnenden Ton. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" verlangt wegen der veränderten Lage eine Vorverlegung der Stresa-Konferenz. Denn man könne unter den gegebenen Umständen den Engländern nicht erst Zeit lassen, eine eigene Beratung abzuhalten, sondern man müsse unverzüglich eine gemeinsame Verhaltungslinie festlegen. Das Blatt befürchtet, daß der Chef des Foreign Office, der mit seinem Ministerium nicht übereinstimme, auch nach der Berliner Reise an seinem Gedanken über eine europäische Union festhalte.

Die Mailänder und Turiner Zeitungen heben übereinstimmend hervor, daß alle Entscheidungen der Konferenz von Stresa vorbehalten bleiben, nachdem die Berliner Besprechungen keine Ergebnisse gebracht hätten, wobei aber gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß der englische Besuch in Berlin ja nur informatorischen Charakter hatte. Nach „Corriere della Sera" sieht Italien ohne Unruhe der britischen Pilgerfahrt zu. Es sei nur zu wünschen, daß die Erkundungen der englischen Regierung einen genügend konkreten Charakter hätten, um einen nützlichen Faktor bei den Aussprachen zu bilden. „Popolo d'Italia" kommt bei einer Aufzählung aller offenen Fragen wieder mit der jetzt in Italien vielfach verfochtenen Behauptung, daß Deutschland bei der Rüstung praktisch die Grenze der Parität überschritten habe. „Gazzetta del Popolo" erklärt, man dürfe sich nicht in Illusionen über weitreichende Abkommen wiegen. Die Formel laute: Nichts tun, um die Möglichkeiten für einen allgemeinen Pakt auszuschalten, aber sich trotzdem weiter auf alle Ereignisse vorbereiten.

Neues Kabinett in Polen.

Oberst Slawek Ministerpräsident.

DNB **Warschau**, 28. März.

Das neue polnische Kabinett ist gebildet. Ministerpräsident ist Oberst Slawek. Alle übrigen Minister verbleiben wie bisher auch im neuen Kabinett.

Durch eine Verordnung des Staatspräsidenten wurde am Donnerstagmittag die Parlamentstagung geschlossen. Darauf trat der Ministerrat zusammen, der den Rücktritt des Kabinetts beschloß. Mit der Neubildung der Regierung wurde der Präsident der parlamentarischen Organisationen des Regierungsblocks, Oberst Walery Slawek, beauftragt.

Die Umbildung des Kabinetts erfolgt unter dem Gesichtspunkt, daß die Männer an die leitenden Stellen berufen werden, die die Urheber des Verfassungsentwurfes waren. Das neue Kabinett soll nämlich auf Grund der neuen Verfassung die Neuwahlen durchführen.

Irgendeine Veränderung des polnischen Regierungskurses ist selbstverständlich bei der jetzigen Umbildung des Kabinetts ebensowenig zu erwarten wie bei den letzten Neubildungen des Kabinetts.

Die Freundschaft mit Spanien.

Empfang des neuen Botschafters beim Führer.

DNB **Berlin**, 28. März.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute mittag den neuen Botschafter der spanischen Republik, Francisco Agramonte y Cortijo, um sein Beglaubigungsschreiben und das Abberufungsschreiben seines Vorgängers Don Luis de Zulueta entgegenzunehmen. Der Botschafter wurde nach dem üblichen Zeremoniell durch den Chef des Protokolls im Wagen des Führers zum „Hause des Reichspräsidenten" geleitet. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, nahmen die Herren der Umgebung des Führers und Reichskanzlers an dem Empfang teil. Der Botschafter überreichte die Handschreiben des Präsidenten der spanischen Republik mit einer Rede in seiner Landessprache, in der es u. a. hieß:

Spanien unterhält ununterbrochen schon seit mehr als eineinhalb Jahrhundert normale diplomatische Beziehungen zu Deutschland. Dieser außergewöhnliche Umstand verpflichtet sicherlich die beiden Regierungen zu einer größeren Verantwortlichkeit bei ihren gegenwärtigen Handlungen. Unsere beiden Völker sind ja dazu berufen, ihre Beziehungen ebenso wie sie es auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete bereits seit längerer Zeit tun, so auch auf dem politischen Gebiet täglich enger zu knüpfen. Beide Völker sind sich ihrer Ueberlieferung bewußt und friedliebend, sie müssen sich daher vollkommen verstehen und einmütig an dieser edlen Aufgabe zusammenarbeiten.

Der Führer und Reichskanzler antwortete dem neuen Botschafter und bemerkte dazu: „Seien Sie überzeugt, daß das neue Deutschland von dem gleichen Wunsch nach friedlicher Entwicklung beseelt ist und Ihrem Vaterlande, das auf eine so große Geschichte zurückblicken kann, mit besonderem Verständnis und dem Wunsche nach vertrauensvoller Zusammenarbeit gegenübersteht."

Nach Schluß des Empfanges schritt der Führer und Reichskanzler die Front der im Ehrenhofe aufgestellten Abteilung des Heeres ab und begrüßte sie, ebenso ihren Offizier. Beim Erscheinen des Führers brach die Menge, die sich in der Wilhelmstraße angesammelt hatte, in stürmische Heilrufe aus, für die der Führer freundlich dankte.

Die litauische Polizei im Memelland im Alarmzustand.

Das schlechte Gewissen der Gewalthaber. – Boykott gegen einen Verteidiger.

„Vorsichtsmaßnahmen".

DNB **Königsberg**, 28. März.

Die litauischen Behörden des Memelgebietes haben einige Anordnungen getroffen, die mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß man bei den zuständigen Stellen anscheinend ein äußerst schlechtes Gewissen dem Memelgebiet gegenüber hat und mit Unruhen rechnet.

So hat der Kriegskommandant in Memel alle Verlängerungen der Polizeistunde zurückgezogen. Die memelländische Landespolizei und die litauische Grenzpolizei sind seit Montag abend in Alarmbereitschaft. Gleichzeitig hat das litauische Direktorium Bruwelaitis die memelländischen Polizeibeamten auf die litauische Verfassung vereidigt.

Hierzu ist zu bemerken, daß die litauische Verfassung nur insoweit für das Memelgebiet Geltung hat, als sie den Bestimmungen des Statuts nicht zuwiderläuft. Die memelländischen Polizeibeamten waren also nur auf die memelländische Verfassung, in diesem Falle auf das Memelstatut, zu vereidigen. Aus der Tatsache, daß das litauische Direktorium Burwelaitis trotzdem die memelländischen Polizeibeamten auf die litauische Verfassung vereidigt, geht hervor, wie die Litauer die autonomen Rechte des Memelgebietes „wahren".

Weil er die Deutschen verteidigte.

Ausschreitungen gegen Professor Stankevicius.

DNB **Kowno**, 28. März.

In der Kownoer Universität kam es am Mittwoch während einer Abendvorlesung zu Ausschreitungen gegen Professor Stankevicius, der im Memelprozeß Dr. Neumann und einige andere Angeklagte verteidigte. Als Professor Stankevicius kurz nach 18 Uhr den Hörsaal betreten wollte, um seine ordentliche Vorlesung zu halten, wurde ihm von einigen Studenten der Eingang versperrt. Man beschimpfte ihn wegen der Verteidigung der Memelländer und erklärte ihn für ehrlos.

Prof. Stankevicius versuchte vergeblich, sich mit den Studenten auseinanderzusetzen. Die Studenten beschlossen, nachdem er den Saal verlassen hatte, unter Führung der Tautininkai-Korporation, ihn auch fernerhin zu boykottieren. Es ist zu bemerken, daß derartige Ausschreitungen gegen Prof. Stankevicius gleich nach der Uebernahme der Verteidigung versucht wurden, doch setzte sich der Senat für ihn ein, was jetzt nicht mehr der Fall zu sein scheint.

Deutscher General schickt die litauischen Orden zurück.

Ein Brief an den litauischen Gesandten.

DNB **Dresden**, 28. März.

Generalmajor a. D. Schroeder hat am 28. März folgenden Brief an den Gesandten der Republik Litauen in Berlin gerichtet:

„Ew. Exzellenz! Im Frühjahr 1919 habe ich als deutscher Generalstabsoffizier am Aufbau des litauischen Heeres im Verteidigungsministerium Ihres Landes mitgearbeitet und an den anschließenden Kämpfen gegen die Rote Armee im Führerstab des litauischen Oberkommandos teilgenommen, bis der Feind über die Düna zurückgeworfen und das litauische Staatsgebiet befreit war. In Anerkennung dieser Tätigkeit hat mir im Juni 1928 Staatspräsident Smetona bei der zehnjährigen Unabhängigkeit der Republik Litauen das Witys-Kreuz II. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern und die Kriegsfreiwilligen-Denkmünze verliehen. Ich habe diese Auszeichnungen gern getragen als Erinnerung an gemeinsame Kriegserlebnisse, die mich mit befreundeten Offizieren des litauischen Heeres verbanden.

Wenn ich nach dem Schandurteil von Kowno diese Auszeichnungen weitertragen würde, müßte ich kein Ehrgefühl im Leibe haben. Ich sende daher Ew. Exzellenz diese Auszeichnungen zurück mit der Bitte, um Weiterleitung an die zuständigen Stellen.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ew. Exzellenz ergebenster
(gez.) Schroeder."

Französische Gehässigkeiten.

DNB **Paris**, 27. März.

In der französischen Presse werden die vier Todesurteile im Memelprozeß als die „Verurteilung nationalsozialistischer Verschwörer" bezeichnet. Das Echo des Urteils in Deutschland nennen die Blätter einen „Mutausbruch" und in ihren Berichten über die deutschen Kundgebungen sprechen sie von „übertriebenen deutschen Protesten."

Das „Echo de Paris" gebraucht die Ueberschrift: Eine Aufreizungskampagne in Deutschland wegen der Litauer Todesurteile. „Matin" meint, in Deutschland würden „spontane Kundgebungen gegen Litauen organisiert". „Oeuvre" spricht davon, daß die öffentliche Meinung jetzt mit der Memelfrage „gereizt" werde.

Uraufführung des Parteitagfilms „Triumph des Willens".

Die Menge bejubelt den Führer.

DNB **Berlin**, 28. März.

Die Erstaufführung des Films „Triumph des Willens" im Ufa-Palast am Zoo heute abend gestaltete sich zu einem Ereignis von besonderem Ausmaß. Schon lange vor Beginn der Aufführung hatte sich auf beiden Seiten der Hardenbergstraße vom Bahnhof Zoo bis zur Gedächtniskirche eine riesige Menge eingefunden. 20 Riesenfahnen, die vom Dachgesims des Ufa-Palastes bis fast zur Erde reichten, und von Scheinwerfern angestrahlt waren, flatterten im leichten Winde hin und her. In endloser Folge rollte Wagen auf Wagen an. Uniformen wechselten mit Zivil. Kurz vor Beginn der Vorstellung hörte man schon von weitem brausende Heilrufe. Im offenen Wagen fuhr der Führer vor, begleitet von Reichsminister Heß. Jubel von allen Seiten empfing ihn. Am Eingangsportal überreichte ein Mädel vom BdM dem Führer ein Blumenstrauß. Kurz vorher war Reichsminister Dr. Goebbels eingetroffen, von Heilrufen der Menge empfangen. Bald darauf fuhr auch Leni Riefenstahl vor. Unter der endlosen Zahl der Ehrengäste, die man bei der schnellen Aufeinanderfolge der Wagen auch nicht annähernd erfassen konnte, befanden sich auch zahlreiche Botschafter und Gesandte. Weiterhin erschienen der Chef des Stabes der SA Lutze, die Reichsminister Freiherr von Neurath, Darré, Kerrl und Seldte, verschiedene Staatssekretäre, Generäle und Vertreter der Kommunalbehörden, der Wissenschaft, Kultur und Kunst, der in- und ausländischen Presse.

Der Film, der das geworden ist, was er werden sollte, nämlich ein Dokument der nationalsozialistischen Bewegung, fesselte das bis auf den letzten Platz besetzte Haus von der ersten bis zur letzten Minute. Er wurde mit einem unbeschreiblichen Beifallssturm, der in einer gewaltigen Huldigung für den anwesenden Führer ausklang, aufgenommen.

Der Führer selbst überreichte Leni Riefenstahl ein prachtvolles Blumengebinde, einen großen Strauß weißen Flieders mit einer Hakenkreuzschleife, und sprach ihr seinen Dank für dieses deutsche Meisterwerk aus.